

Mit uns sind Schulreformen möglich!

28.–30.3.2011: Reform-Bundestag der BMHS-Gewerkschaft

Mit 100% der Stimmen sind Jürgen Rainer (FCG) als Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft und seine drei Stellvertreter Roland Gangl (FCG), Stefan Wenka (FSG) und Josef Gary Fuchsbauer (ÖLI-UG), sowie die gesamte Bundesleitung der BMHS-Gewerkschaft gewählt worden.

Die ÖLI ist weiters durch Christine Mössler (HLW Graz) und Harald Sattke (HTL Wien 3) vertreten. Die mehr als 70 Delegierten der drei Fraktionen haben so am BMHS-Gewerkschaftstag ein „Signal, dass hier eine Geschlossenheit herrscht“ (Rainer) für die neue 5-jährige Funktionsperiode gesetzt.

„Der heutige Bundestag ist auch ein Reform-Bundestag dahingehend, dass erstmalig alle wahlwerbenden Gruppierungen repräsentativ im Vorstand vertreten sind“, bestätigte Rainer, der jüngst mit seiner Forderung nach einer Verkürzung der LehrerInnen-Wochenarbeitszeit von 40 auf 38 Stunden auf sich aufmerksam gemacht hatte. Die Gewerkschaft will mit dieser Geschlossenheit den kommenden Herausforderungen betreffend Verhandlungen gewachsen sein.

Christlich-soziale, sozialdemokratische und unabhängige GewerkschafterInnen stehen gemeinsam gegen dienstrechtliche Verschlechterungen und für pädagogische Weiterentwicklungen und Verbesserungen ein.

Arbeitsaufträge und Forderungen des Bundestages: Sozialpartnerschaftliche Entwicklung der Schule, gemeinsame Ausbildung aller österreichischen LehrerInnen auf Master-Niveau, höchstmögliche Anerkennung von Praxiszeiten für das Lehramt an BMHS, Modularisierung in der sozial und pädagogisch förderlichen Situation des Klassenverbandes, aber kein Kurssystem. Senkung der Arbeitszeit von derzeit 40 auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Reform und Solidarität

In enger gemeinsamer Zusammenarbeit der drei Fraktionen will die BMHS-Gewerkschaft so die Weiterentwicklung des Bildungswesens in Österreich fördern und zugleich die Interessen der BMHS-KollegInnen verteidigen.



Einigkeit beim BMHS-Gewerkschaftstag! Stefan Wenka, Jürgen Rainer, Josef Gary Fuchsbauer, Roland Gangl
Foto: Dieter Reichenauer, BMHS-Gewerkschaft

Zugleich wird die Zusammenarbeit mit den anderen LehrerInnen-Gruppen verstärkt und gefördert. „Was andere LehrerInnen betrifft, betrifft uns auch“, betont Gary Fuchsbauer die notwendige Solidarität mit Pflichtschul-, AHS- und BerufsschullehrerInnen. „Wir sind keine Betonierer, aber wir stellen uns gegen dienstrechtliche Verschlechterungen für KollegInnen! Wenn es um die Verbesserung und Weiterentwicklung des Bildungssystems und die Minimierung der Klassenwiederholung geht, sind wir dabei“, so Stefan Wenka.

Klassenverband und Modularisierung

Die Modularisierung sehen die Bundestagsdelegierten positiv. Bereits jetzt laufende Schulversuche zeigen, dass dadurch die Zahl der Schulaussteiger und -versager deutlich verringert und die Leistungen der SchülerInnen gesteigert werden. Allerdings nur bei aufrechtem Klassenverband. Der anfängliche Versuch, ein Kurssystem wie auf der Universität aufzuziehen, bewährte sich nicht. Offensichtlich sind die soziale Sicherheit und der Zusammenhalt in der Klasse ein wesentlicher Teil des Schulerfolgs. Die BMHS-Gewerkschaft unterstützt die modulare Oberstufe, lehnt aber das flexible Kurssystem ab. Sie spricht sich deutlich dafür aus, Klassenverbände nicht aufzulösen. 16-, 17-, 18-Jährige sind es gewohnt in Klassen, in Sozialverbänden ihre Arbeit zu erledigen.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied hat mittlerweile klargestellt, dass der Klassenverband erhalten bleiben soll. Ihren Plan, SchülerInnen im Rahmen des Kurssystems Lernbegleiter zur Seite zu stellen, begrüßt die Gewerkschaft als Notwendigkeit.

LehrerInnen-Ausbildung

In einer Resolution an GÖD und ParlamentarierInnen wird u.a. gefordert:

- LehrerInnen-Ausbildung mit „Master“;
- integrative Lehramtsstudien (gleichzeitig und auf einander abgestimmte fachliche, pädagogische und didaktische Ausbildung) an Universitäten und PHs;
- Errichtung von Berufspädagogischen Hochschulen, die auf mittlere Sicht in Universitäten zu integrieren sind.
- Beibehaltung der bedarfsorientierten Aufnahme von Fachtheorie- und FachpraxislehrerInnen, für die es keine integrative Ausbildung gibt;
- Anrechnung der erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus der fachlichen Erstausbildung dieser LehrerInnen als Teil der Zusatzausbildung,
- die (berufsbegleitend) mit dem Master of Advanced Studies abzuschließen ist.

Diese Maßnahmen garantieren den hohen und international anerkannten Standard der österreichischen BMHS und sind deshalb als Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Entwicklung der österreichischen Wirtschaft und des Staates Österreich zu sehen.

Inhalt

- Seite 1 • Mit uns sind Schulreformen möglich!
- Seite 2 • Freiheit oder Gleichheit?
• Politische Bildung leben:
www.machen-wir-uns-stark.at
- Seite 3 • Freiheit, Gleichheit, Solidarität
• ÖLI unterstützt Bildungs-
volksbegehren!
• Reformvorhaben im Überblick
- Seite 4 • Oberstufe NEU soll halten
was sie verspricht!
- Seite 5 • Semestermodell HTL Imst!
• Bildung ohne Datenschutz
- Seite 6 • Für Ganztags-Betreuung der
StaatsbürgerInnen im Parla-
ment
• Unterstützung von
www.schule10bis14.at
- Seite 7 • Bildungsfahrplan der Re-
gierung geht nur bis zum
nächsten Kleinbahnhof!
- Seite 8 • Die Unkultur der öffentlichen
Bildungsdiskussion
- Seite 9 • „Wien ist anders“ – auch beim
Sparen!
- Seite 10 • Hauptsache zentral!
• BundeslehrerInnentag –
Schulsozialarbeit
- Seite 11 • UG bei Frauendemo
• Am Anfang schuf Gott die
Langform der AHS
- Seite 12 • Ein bezahltes unterrichtsfrei-
es Master-Studienjahr zwi-
schen 2. und 5. Dienstjahr!

Der

**1. Berufsschul-Kreidekreis
Kreidekreis-Nr. 3/2011
kann unter www.oeli-ug.at
bezogen werden!**

Impressum: EHV: ÖLI-UG,
Österreichische LehrerInnen Initiative -
Unabhängige GewerkschafterInnen für
mehr Demokratie,
4643 Pettenbach, Pflasterweg 7.
Redaktion: Josef Gary Fuchsbauer, Dietmar
Mühl und die AutorInnen der Beiträge.
Papieraufgabe: 5.500.
Der Kreidekreis ist das Informations- und
Diskussionsorgan der ÖLI-UG.
LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten
Themen sind willkommen!
ÖLI-Beitritt bzw. Bestellung eines Kreide-
kreisesabonnements unter:
oeli@kreidekreis.net od. 0680 2124358,
bzw. direkte Einzahlung von
€ 30,- für Mindestmitgliedsbeitrag / Jahr,
€ 7,- für ein Kreidekreisabo / Jahr oder
€ 30,- Mitgliedsbeitrag inkl. Kreidekreis-Abo
und Berufsrechtsschutz / Monat auf
PSK Nr. 78420320, BLZ 60000, ÖLI

Freiheit oder Gleichheit?

„Denn das Erbe der Aufklärung heißt Leistung.“
Begrüßungsworte des Vorsitzenden beim AHS-Bundestag

**„Mut zur Leistung“ war das fcg-Motto
des Bundestages der AHS-Gewerk-
schaft der GÖD am 4. und 5. April 2011.**

Verkündet hat es der neue Vorsitzende
und Scholik-Nachfolger Eckehard Quin
in seiner programmatischen, mit Zitaten
von Seneca, Perikles, Goethe und Hesse
geschmückten Eröffnungsrede in etwa
so:

„Kolleginnen und Kollegen! Wer das
Leistungsprinzip untergräbt, der führt
uns in eine unfreie Gesellschaft, in der
Geburt, Geld und Gesinnung bestim-
men, Herkunft und Reichtum. Leistung
ist die Grundlage unserer Demokratie,
das hat schon Perikles gesagt, der Vater
der Athener Demokratie. Der sozialstaat-
liche Gedanke ist nur durch das Leis-
tungsprinzip, dieses inhärente ethische
Prinzip, gesichert ...

Aber da gibt es Politiker, die vertreten
eine egalitäre Bildungspolitik, und am
Ende wären dann alle gleich, eingebe-
net auf das Niveau des Schwächsten, Tri-
umph der Meinung über das Denken, wis-
sensfeindlich und realitätsverneinend ...

Natürlich sind wir für Chancengerech-
tigkeit, aber das bedeutet keine Gleich-
heit der Zielerreichung. Ich bin gut
gebaut und sportlich, aber ich könnte
noch so viel trainieren und aus mir wird
trotzdem kein Top-Kurzstreckenläufer.
Die Unterschiedlichkeit der Menschen
akzeptieren und zu begreifen als Berei-
cherung ...

Das ist unser Erbe der Aufklärung:
Leistung, unabhängig von Herkunft.
Es gibt nur die Leistung als Kriterium
oder den Geldbeutel. Schaut mich an,
ich komme aus armen Verhältnissen und
nur durch Leistung habe ich Karriere ge-
macht.

Aber Leistung braucht eine gute Aus-
stattung des Arbeitsplatzes, Fördern und
Fordern, Hausverstand und die autono-
me Schulentcheidung. Eine Schulorga-
nisationsdebatte bringt nichts. Deshalb
sind wir aber keine Betonierer. Wir sind
durchaus für Reformen. Es gibt näm-
lich eine Alternative zum differenzierten
Schulsystem – ein noch differenzierteres
Schulsystem! Schon Goethe hat gesagt:
„Nichts ist entsetzlicher als Unwissen-
heit“. Und Goethe hat auch gesagt: „Frei-
heit oder Gleichheit, beides geht nicht.“

Freiheit hat Vorrang, oder alle müs-
sen die gleiche Meinung haben, eine
Meinung, und das ist totalitär. Ich sage
euch mit Seneca: „Wagen wir es!“ und
mit Hermann Hesse: „Leute mit Mut und
Charakter sind immer unheimlich.“ Sei-

en wir unheimlich. Das sollen sie im Mi-
nisterium wissen, wenn wir das Dienst-
recht verhandeln. In diesem Sinn: Glück
auf!“

ps: Wenn sich die fcg-AHS von der Be-
grüßung durch den GÖD-Vorsitzenden
und 2. NR-Präsidenten Neugebauer
(ÖVP) ein Bekenntnis zur Langform der
AHS und für das differenzierte Schul-
wesen erwartet hat, dann erwartete sie
vergeblich. „Bildungspolitik ist mehr
als Schulpolitik, und da gibt es auch an-
dere Probleme als die Sekundarstufe I“
und kein Wort mehr hat Neugebauer zur
Schulreformdiskussion hören lassen.

**Politische Bildung leben:
www.machen-wir-uns-stark.at**

Es liegt jetzt an uns allen. Vor uns liegt
ein Fremdenrechtspaket, das Minderjäh-
rige ins Gefängnis steckt, ein Mehr an
Schubhaft bringt, bürokratische Hür-
den hochschraubt, noch größere Unsie-
cherheit für zugewanderte Menschen
schafft, Beziehungen zerreißt und Fami-
lien trennt. Wollen wir das? Oder wollen
wir eine menschenfreundliche und men-
schenwürdige Politik, die die Rechte der
Menschen stärkt und das Zusammenle-
ben fördert?

Mittwoch, 27. April

**DEMONSTRATION GEGEN DAS
UNRECHTSPAKET**

18:00 Uhr: C. Broda Platz / Westbahnhof
19:00 Uhr: Abmarsch Mariahilferstraße
20:00 Uhr: Kundgebung vorm Parlament

**ONLINE PETITION
UNTERSCHREIBEN und
WEITERSAGEN**

Machen wir uns stark! Für Menschen-
schutz und Gleichberechtigung! Für eine
Politik, die Chancen eröffnet, anstatt sie
zunichte zu machen! Und schicken wir
das FremdenUnrechtspaket zurück! Jede
Unterstützung zählt, wenn es gelingen
soll, die Regierung mit dem ÖVP Neu-
start-Team von der Notwendigkeit men-
schenwürdiger und menschenfreundlicher
Gesetze zu überzeugen. Wir bauen
nicht auf Unrecht sondern auf Fairness,
Rechtsstaatlichkeit und Menschenwür-
de. Eine Initiative von SOS Mitmensch.

Buchpräsentation: Rupert Vierlinger,
Schuleraufbau&Schulreform.
Stationen eines Lehrerlebens.
13.5., 19 h, PH d. Diöz. Linz, Anmeld./Bestellung:
office@wagnerverlag.at
Preis: 22 €, 320 S.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Bundestag der AHS-Gewerkschaft ohne Reformfreude



Reinhart Sellner
AHS-Bundesleitungsmittglied
sellner@oeli-ug.at

Warum die ÖLI-UG darauf bestanden hat, den GÖD-Kongress im November 2011 zum aktiven Eintreten für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste aufzufordern. Reinhart Sellners Antwort auf Eckehard Quins Grundsätze:

„Kolleginnen und Kollegen: Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen sind dagegen, dass der Antrag für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste wegen der positiven Erwähnung von ÖGB und AK zur Überarbeitung nicht an den GÖD-Bundeskongress gerichtet wird, sondern an die AHS-Bundesleitung. ÖGB und AK vertreten ArbeitnehmerInnen-Interessen, die GÖD ist eine Teilgewerkschaft des ÖGB, auch wir AHS-LehrerInnen sind ÖGB-Mitglieder, warum nicht gemeinsam für eine andere Bildungsbudgetpolitik aktiv werden, und darum geht es in diesem Antrag und nicht um die Langform der AHS.

Abschließend eine Bemerkung zum Motto dieses AHS-Gewerkschaftstages:

Leistung braucht nicht Mut, sondern Motivation, ausreichende Ressourcen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen

für LehrerInnen und SchülerInnen. Und Motivation öffentlich Bediensteter hat grade bei LehrerInnen und Lehrern auch mit Liebe zu tun, einem Wort, das bei Gewerkschaftstagen selten vorkommt: Liebe zu den Mitmenschen, zur Menschheit und zu einem selber. Nach den vielen Zitaten der Eröffnungsrede möchte ich ganz ohne religiöses Bekenntnis an eines aus der Bibel erinnern, aus dem Hohen Lied: „Und wenn ihr mit Engelszungen redet und hättet die Liebe nicht ...“

Es geht auch nicht um „Freiheit ODER Gleichheit“. Wenn's einen europäischen Beitrag zur Menschheitskultur gibt, dann

ist es die Aufklärung mit ihrem Anspruch, die Menschen aus ihrer Unmündigkeit zu befreien, was nur als Selbstbefreiung des großen Publikums gelingen kann, und das hat wieder viel mit unserem Selbstverständnis und unserer Motivation für unseren Lehrberuf zu tun. Freiheit UND Gleichheit brauchen auch die damals noch ungegenderte Brüderlichkeit, die Solidarität oder urchristlich: die Nächstenliebe – Glück auf!“

„Und wenn ihr mit Engelszungen redet und hättet die Liebe nicht ...“

In der anschließenden Debatte unterstützte die FSG die Weiterleitung des Antrags an die GÖD, FCGLer waren dagegen, weil der ÖGB für sie keine Arbeitnehmervertretung ist, solange er den ArbeitnehmerInnen die beste Schule, also die Langform der AHS abschaffen will. Eckehard Quin will jeden Anschein vermeiden, dass seine AHS-Gewerkschaft mit der Bildungspolitik von ÖGB und AK einverstanden sein könnte und schlägt dem ÖLI-UG-Antragsteller vor, auf die explizite und positive Erwähnung von ÖGB und AK zu verzichten, dann könne die Mehrheitsfraktion... Und weil's uns um die Sache geht und ums Mobilisieren der GÖD für fehlende Bildungsmilliarden, werden ÖGB und AK aus dem Text gestrichen und bekommt so der Antrag doch noch das Kalkül 1a, Weiterleitung an den GÖD-Bundeskongress. Einstimmig.

UG-Fraktionsanerkennung

Und wir bewegen sie doch, die GÖD. Ab und zu. Tendenz steigend. Auch wenn die übergroße fcg-Mehrheit des AHS-Gewerkschaftstages den Antrag auf Anerkennung der UGöD als Fraktion in der GÖD einmal mehr abgelehnt hat. Vielleicht hat auch das mit der Gesamtschulforderung des ÖGB zu tun, der die Fraktion der Unabhängigen GewerkschafterInnen längst anerkannt hat - im ÖGB-Bundesvorstand und im ÖGB-Frauenausschuss wird die UG von GÖD-Kolleginnen vertreten. Aber die fcg-AHS ist nicht die ganze GÖD.

Der BMHS-Gewerkschaftstag hat den Antrag auf Anpassung der GÖD-Fraktionsordnung an jene des ÖGB angenommen („sodass die UG auch in der GÖD Fraktionsstatus erhält“).

Vielleicht bewegt sich der Bundeskongress im November 2011 in Richtung Demokratie und Minderheitenrechte. Zeit wär's.

ÖLI unterstützt Bildungsvolksbegehren!

Dieses kann nun in den Gemeindeämtern unterschrieben werden. Bei der Mitgliederbefragung haben sich 73,2% dafür ausgesprochen, dass die ÖLI zur Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens aufrufen soll. Ihr könnt euch von

www.vbbi.at/fileadmin/user_upload/pdf/VBBI_Unterstuetzungserklaerung.pdf

das Formular herunterladen, es ausdrucken und ausfüllen. Die persönliche Unterschrift ist erst vor den Augen der Gemeindebediensteten zu leisten.

Auf der zweiten Seite des pdf findet ihr auch eine Langform der Forderungen des Volksbegehrens.

Natürlich ist in den Texten des Bildungsvolksbegehrens nicht alles enthalten, wofür die ÖLI eintritt (zB in Bezug auf Demokratisierung und Finanzierung). Wir sehen den Prozess dieses Volksbegehrens aber als Chance zur öffentlichen Diskussion der Bildung in Österreich und damit zum Aufbrechen von Verkrustungen und Vorantreiben von positiven Entwicklungen.

Reformvorhaben im Überblick

Neue Mittelschule: Alle HS werden nMS, AHS-Unterstufen können weiter nMS werden.

Neue LehrerInnen-Ausbildung: Eine Vorbereitungsgruppe hat Vorschläge erarbeitet. Die gesetzliche Umsetzung soll demnächst erfolgen. Siehe dazu S. 12 u. S. 1 (rechts unten), sowie im Dallingersymposiumsbericht u.a. Artikeln auf www.oeli-ug.at.

Oberstufe NEU: Ab der 10. Schulstufe jedes Semester ein echtes Zeugnis, aufsteigen mit 5ern und Kolloquienregelung. Lernbegleitung! Siehe dazu S. 4 und 5.

Qualitätssicherung und Schulaufsicht: Die Erfahrungen mit QIS (allgemeinbildende) und QIBB (berufliche Schulen) sollen weiterentwickelt ab 1.9.2012 Gesetz werden und die InspektorInnen sollen Qualitätsbeauftragte werden. (Interessiert? fuchsbauer@oeli-ug.at).

Maturareform: Bereits Gesetz, Verordnung in Ausarbeitung, zB über die Diplomarbeit (aktueller Stand gerne per mail) - siehe auch S. 10.

Neues Dienst- und Besoldungsrecht: Angeblich beginnen im Mai die Verhandlungen. Wir halten euch auf dem Laufenden.

Nationaler Qualifikations Rahmen wird gerade auf Basis des EQR erstellt. Zu allen Themen siehe bmukk.gv.at

Oberstufe NEU soll halten was sie verspricht!

Grundlegende Bedingungen erforderlich!



Katharina Bachmann
HAK Feldkirch, ZA-BMHS
bachmann@oeli-ug.at

Damit die Oberstufe NEU auch wirklich das halten kann, was sie verspricht, und nicht das, was manche lauthals versprechen, müssen einige grundlegende Bedingungen erfüllt sein.

Amon: Oberstufenschüler sollen sich die Lehrer aussuchen dürfen (Der Standard). Auflösung der Klassenverbände, Umstellung auf ein Kurssystem, in dem die Schüler wie an der Uni „Scheine sammeln“ - im eigenen Tempo und mit persönlichen Schwerpunkten (Kurier).

Nicht nur Jürgen Rainer, der Vorsitzende der Gewerkschaft BMHS, schien von den Ankündigungen des ÖVP-Bildungssprechers überrascht gewesen zu sein, wenn er sagt, dass „das von der Koalition als Kurssystem bezeichnete Modell ein ‚völlig anderes System (sei) als mit dem Ministerium akkordiert wurde“ (Die Presse). Das mit dem Ministerium besprochene Vorhaben sieht nämlich folgende Neuerungen vor:

- Statt eines Schuljahres soll es zwei eigenständige Semester mit gleichwertigen Zeugnissen geben.
- Schon mit der Frühwarnung setzt ein vielfältiges Förderprogramm ein. Neben Leistungsvereinbarungen kommen hier vor allem Lernbegleiter/innen zum Einsatz. Deren Zeitaufwand soll wie Supplierstunden (natürlich ab der ersten Stunde) abgegolten werden.
- Sollten am Ende des Semesters die Leistungen immer noch negativ sein, haben die Betroffenen die Möglichkeit, die Note in bis zu drei Kolloquien über den Semesterstoff auszubessern.

Diese Maßnahmen bauen auf den Erfahrungen in Schulversuchen und in Abendschulen auf und sollen dazu führen, dass Schulstufenwiederholungen stark reduziert werden. Die Reform der Oberstufe soll ab der 10. Schulstufe (AHS und BMHS) erfolgen und ab dem Schuljahr 2012/13 schrittweise eingeführt werden.

Positionen der ÖLI-UG

• **Beibehaltung des Klassenverbands:** Erfahrungen in Schulversuchen und in Abendschulen haben gezeigt, dass eine Auflösung des Klassenverbands sowohl die Schüler/innen als auch die Schulorganisation überfordert.

• **Wichtigkeit des Förderaspekts:** Um die Leistungen gefährdeter Schüler/innen nachhaltig steigern zu können, ist ein früher Beginn der Lernbegleitung an den Schulen nötig.

• **Einrechnung der Lernbegleitung in die Lehrverpflichtung:**

Der Arbeitsaufwand der Lehrer/innen ist in den letzten Jahren sukzessive angestiegen, immer neue Tätigkeiten müssen zusätzlich zum Unterrichten erledigt werden.

Falls die Lernbegleitung von Lehrer/innen durchgeführt wird, muss es möglich sein, die Arbeit in Form von Werteeinheiten in die Lehrverpflichtung eingerechnet zu bekommen, und darf nicht nur in der Bezahlung zusätzlicher Stunden bestehen.

• **Ausbildung für Lernbegleiter/innen:** Für die Arbeit als Lernbegleiter/in ist sehr viel Fachwissen notwendig, es geht um mehr als die Durchführung von Förderkursen.

Lehrer/innen, die als Lernbegleiter/innen eingesetzt werden, müssen daher eine entsprechende Ausbildung bekommen.

• Zusätzliches Personal:

Die Einführung von Lernbegleiter/innen ist ein positiver Schritt. Doch die Forderung nach Einsatz von zusätzlichem Personal (Schulsozialarbeit, Psychologie, ...) muss auch unter dem Aspekt des Vermeidens von Dropout oder Klassenwiederholungen weiterhin aufrecht bleiben.

• Evaluierung der Schulversuche:

Der verpflichtenden Einführung der Oberstufe NEU muss eine seriöse Evaluierung der bereits seit Jahren laufenden Schulversuche vorausgehen. Deren aussagekräftige Ergebnisse sind bei der Neuformulierung des SchUG für die 10.–13. Schulstufe (und Abend-schule) zu berücksichtigen.

• Ausgearbeiteter klarer Rahmen:

Für die Einführung der Oberstufe NEU ist es notwendig, dass die Schulen einen klaren Rahmen bekommen, den sie ohne großen Aufwand übernehmen oder aber auch abändern können. Vorgaben, die die Schulen dazu anhalten, alle möglichen Details schulintern zu erarbeiten, ohne dass eine umsetzbare Variante vorhanden ist, sind abzulehnen. Das Rad muss nicht an jeder Schule neu erfunden werden.

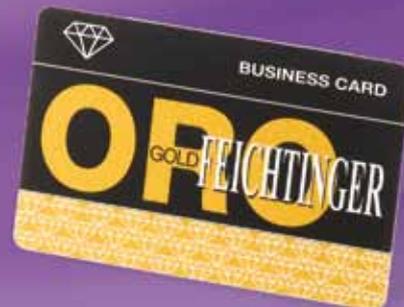
Die Oberstufe NEU bietet eine große Chance, dass sich die Leistungen schwacher Schüler/innen verbessern, wenn es genug Förderbudget gibt!

FEICHTINGER

www.feichtinger.biz



Nutzen Sie Ihren Mitarbeitervorteil und profitieren Sie von bis zu 40 Prozent Rabatt auf Schmuck und bis zu 25 Prozent auf unser Uhrensortiment.



Business-Card anfordern unter
www.feichtinger.biz
telefonisch unter 05/9887 DW 12 oder
direkt in einer unserer 23 Filialen

Werbung

Semestermodell HTL Imst!

Grundlegende Bedingungen erforderlich!



Dorothea Schumacher
HTL Imst, FA-BMHS Tirol
schumacher@oeli-ug

An der HTL Imst soll mit dem Schuljahr 2011/12 ein Semestermodell für den IV und V Jahrgang eingeführt werden. Am Pädagogischen Halbtag wurde allen KollegInnen das neue Semestermodell – eine Entwicklung aus bereits durchgeführten Schulversuchen – vorgestellt. Dieses Modell wird dann, sofern alle SGAs es genehmigen, in jedem Bundesland an zumindest einer HTL, in der Steiermark an fast allen HTLs, gefahren.

Mehrere verschiedene Modelle sind derzeit in der Schulversuchsphase. Das Vorgestellte wurde aus den Erfahrungen

einiger HTLs v.a. in der Steiermark entwickelt.

Die wichtigsten Eckpunkte sind:

- Die Semestrierung verhindert das Wiederholen nicht, sie erschwert es nur.
- Alle Unterrichtsgegenstände ab dem IV. Jahrgang werden in Semesterabschnitte unterteilt und abschließend benotet.

Die SchülerInnen sind immer zum Aufsteigen in das nächsthöhere Semester berechtigt. „Nicht Genügend“ oder nicht beurteilt in einem oder in mehreren Pflichtgegenständen im Semester können außerhalb des lehrplanmäßigen Unterrichts mit einer Semesterprüfung ausgebessert werden. Der Prüfungstermin, möglich bis zur Reife- und Diplomprüfung, ist von der Direktion auf Antrag des/r SchülerIn anzuberaumen. Obwohl bisherige Erfahrungen zeigen, dass 98% die Semesterprüfung beim ersten Antreten bestehen, kann sie dennoch zwei Mal wiederholt werden.

Zur Reife-/Diplomprüfung dürfen alle SchülerInnen, die maximal eine negati-

ve Note in einem Pflichtgegenstand der letzten beiden Semester haben, antreten. Haben sie mehr, so sind sie berechtigt die letzten beiden Semester zu wiederholen und die negativ abgeschlossenen Gegenstände zu besuchen.

Um allen die Zielerreichung zu erleichtern wurden neue Unterstützungsstrukturen entwickelt: Frühwarnsystem spezial – die Lernbegleitung.

Droht ein „Nicht genügend“, ist dies mitzuteilen und im Rahmen eines beratenden Gesprächs eine Förderstrategie zu vereinbaren.

Diese „individuelle Lernbegleitung“ bezieht sich auf alle frühgewarnten Pflichtgegenstände und dauert bis zum endgültig erfolgreichen Abschluss des Faches. Im Einvernehmen zwischen SchülerInnen und LehrerInnen werden maximal 5 Studierende je Lehrperson betreut.

Die Abgeltung der Lernbegleitung ist noch ungeklärt. An der HTL Imst wird man den geplanten Schulversuch vorerst über eine flexiblere Handhabung des Förderunterrichts abwickeln, bemüht sich aber, eine Einrechnung zu erreichen.

Bildung ohne Datenschutz

Hans Zeger (ARGE Daten) in einer Veranstaltung der TLI



Michael Bürkle
BG/BRG Innsbruck-Sillg.
buerkle@oeli-ug.at

Für den 20.10.2010 luden die TLI und die Grüne Bildungswerkstatt Tirol zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Bildung ohne Datenschutz?“ ins Innsbrucker Haus der Begegnung. Referent war Hans Zeger, DER Datenschutzexperte Österreichs.

Nach einer Übersicht über die Grundlagen des Datenschutzes stellte er sich den Fragen des Publikums, das sich vor allem aus LehrerInnen aus dem Pflichtschulbereich und der AHS zusammensetzte.

Datenschutz wird nach Zeger in Österreich oft gegen die Betroffenen ver-

wendet; er ist beliebtes Argument, wenn es darum geht, BürgerInnen ihre Daten (d.h.: den Stand ihrer Daten bei der jeweiligen Institution) vorzuenthalten.

Tatsächlich sammelt der Staat Österreich über das sogenannte „Bildungsdokumentationsgesetz“ eine Unmenge an Bildungsdaten, zu denen auch Fortbildungs- und Weiterbildungsdaten der im Dienst stehenden LehrerInnen gehören. Nach Zeger ist dieses Material in seiner letztlich individualisierbaren Form ein enormer statistischer Unsinn. Es kann keine Grundlage der Planung von Bildungsinstitutionen werden – was der eigentlich angegebene Zweck wäre, kann aber wohl, falls die Daten in falsche Hände geraten, gegen Betroffene eingesetzt werden. Zeger sieht in elektronischen Klassenbüchern und Lernplattformen (in denen auf privatwirtschaftlichen Servern schulische Verwaltungsarbeit administriert wird (Stoff, Absenzen usw.) und wo sensible Daten wie Leistungsbeurteilungen gespeichert werden – in beiden Fällen lediglich mit einfachem Passwortschutz) keine rechtlichen Probleme.

Die österreichische Gesetzeslage erfordert laut Zeger über den Passwortschutz

hinaus keine weiteren technischen Voraussetzungen. Nach Zeger setzt sich ins Unrecht, wer ein Passwort missbräuchlich verwendet; es setzt sich aber auch ins Unrecht, wer sein Passwort zu wenig schützt und damit leichtfertig (fahrlässig) anderen Personen Zugang gewährt. Nun haben wir es im Schulbetrieb oft mit nicht datenschutztechnisch ausgebildeten Lehrpersonen und mit einzelnen technisch überaus versierten SchülerInnen zu tun. Wir LehrerInnen müssen öfters gleichzeitig mehrere Lerngruppen in verschiedenen Räumen betreuen und wissen nicht immer, wie man den PC, der das Beamerbild produziert, gegen unbefugten Zugriff schützt. Die Schwachstelle ist nach Zeger nicht das Passwort, sondern der Mensch bzw. sein soziales Umfeld mit seinen Arbeitsbedingungen. Und dass elektronische Klassenbücher LehrerInnen-Arbeit zentral kontrollierbar macht, ist laut Zeger vermutlich nicht nur notgedrungen akzeptierter Nebeneffekt einer Rationalisierungsmaßnahme.

Die interessante Veranstaltung ließ ein sensibilisiertes und nachdenkliches Publikum zurück. Sie bot keine Lösungen an, sondern löste eher Denkprozesse aus.

Für Ganztags-Betreuung der StaatsbürgerInnen im Parlament

Total ernst gemeinte Forderungen von Peter Steiner!



Peter Steiner
TGM Wien 22, ZA-BMHS
steiner@oeli-ug

Eine Replik auf die lichtvollen Forderungen von ÖVP-Schulsprecher Amon nach Ganztags-Betreuung der SchülerInnen unter Verzicht auf Vor- und Nachbereitung des Unterrichts.

Wie immer ein Trendsetter, der ÖVP-Kollege Amon, seines Zeichens absoluter Schulkenner (er war auch einmal Schüler), Vorbildparlamentarier (er war schon mehrere Male bei Abstimmungen dabei) und talentierter Zukunftsforscher (er weiß, dass nach dem Heute immer auch ein Morgen kommt).

Und weil das alles genügend Qualifikation für einen ÖVP-Schulexperten zu sein scheint, kommt aus seinem berufenen Mund der Vorschlag, Lehrer sollten sich am Nachmittag vollzeitlich um die SchülerInnen kümmern, mit ihnen Hausübung machen, sie pädagogisch zu beschäftigen und sich auch sonst voll um sie kümmern. Was außerdem im Sinne der Gendergerechtigkeit ist, weil Lehrerinnen davon voll ausgenommen sind und die SchülerInnen damit verstärkt in Genuss der von ExpertInnen vermissten männlichen Role models kommen.

Natürlich werde die Arbeitszeit nicht ausgeweitet, nein, es solle der Unterricht einfach weniger vor- und nachbereitet werden, sagt Amon.

Klare Lösung: $2 - 1 + 1 = 2$. Kann jeder verstehen, ist ja Volksschulmathematik. Und genau so klar ist, dass sich dadurch die Leistungen der SchülerInnen eminent verbessern und die Bildungsqualität erhöht wird.

Mehr Qualität in der Politik

Die liegt im Argen, wie uns die Ergebnisse von PIZZA- und sonstigen Tests immer wieder vor Augen führen. Genau so wie die Qualität der politischen Arbeit in Österreich. Daher ist folgender von Amon inspirierter Vorschlag überfällig: Ganztagsbetreuung der StaatsbürgerInnen durch unsere Parlamentarier im Parlament, Landtag, Gemeinderat etc.

Die Vorteile liegen auf der Hand: absolute Bürgernähe, eine Verstärkung der Komponente der direkten Demokratie und man kann sich selber davon überzeugen, ob die MandatarInnen genauso sind, wie man sie sich vorstellt.

Mehr Bürgernähe, weniger sinnlose Vorbereitung auf Gesetzesbeschlüsse

Selbstverständlich ist nicht an eine Arbeitszeiterhöhung gedacht. Es geht einfach um eine Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte: Weniger Vorbereitung zu den Inhalten der abzustimmenden Gesetzesvorschläge, mehr direkte Kommunikation mit den BürgerInnen. Wie Lehrer benötigen Parlamentarier keine Vorbereitung auf ihre Diskussionsbeiträge im Plenum (was an den Aussagen Amons gesehen werden kann), noch als Entscheidungsgrundlage für die Abstimmung über Gesetzesanträge (was an der Qualität unserer Gesetze ja sowieso schon ablesbar ist).

Im Gegensatz zu Amon arbeiten wir bereits an einem Programm, das die Vorbereitung von Stellungnahmen zu Gesetzesanträgen unnötig macht. Als Begründung für Ablehnung oder Zustimmung zu Gesetzesentwürfen werden Standardformeln gebraucht: „Wir sollten die Initiative annehmen, weil sie leiwand ist.“

Und warum, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist sie leiwand? Weil sie von der ÖVP kommt! Oder vielleicht auch von der SPÖ. Weswegen man sie ablehnen muss. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Einführung von Politikstandards nach dem Vorbild der Bildungsstandards

Diese so standardisierten politischen Leistungen können dann auch leicht durch Politikstandards, entsprechend den Bildungsstandards, abgefragt werden und auf diesem Weg die Grundlage für eine notwendige Selbstevaluation der politischen Akteure leisten. Werden die Politikstandards nicht erreicht, ist intensive Selbsterforschung nötig. Halt! Das geht natürlich nicht, weil der Schwerpunkt der Arbeit der PolitikerInnen dann auf der Ganztagsbetreuung der StaatsbürgerInnen liegt.

Liebe KollegInnen,

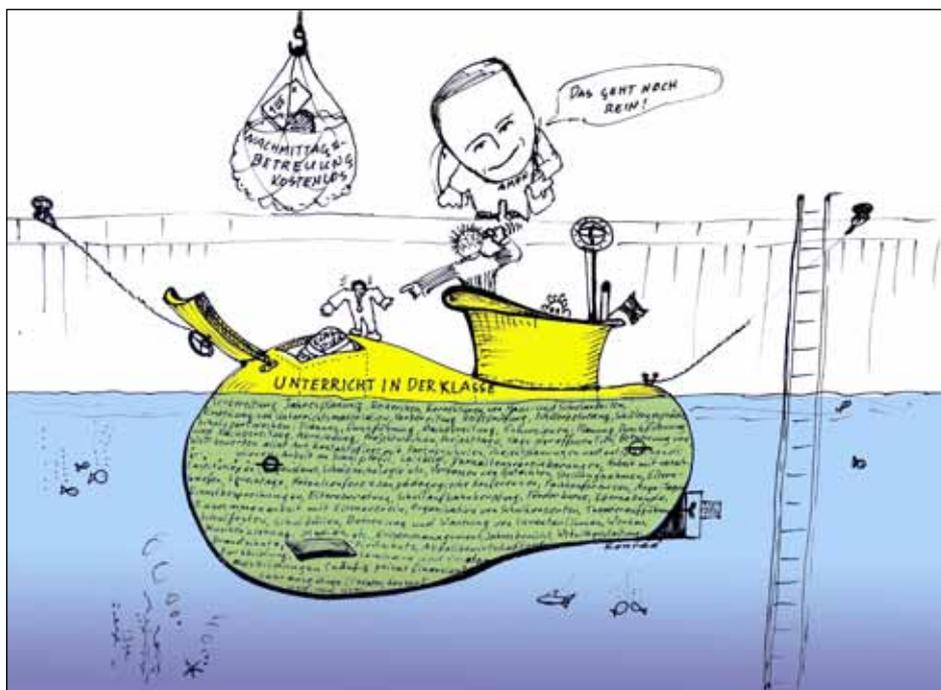
die unabhängige Initiative „Eltern für eine gemeinsame Schule aller 10 bis 14-jährigen Kinder - Parteilich für unsere Kinder“ hat eine Online-Petition gestartet. Gefordert wird dabei: „Wir fordern das österreichische Parlament auf, die gemeinsame Schule aller 10- bis 14-jährigen Kinder jetzt zu beschließen und bis 2017 in bestmöglicher Qualität mit ausreichender Finanzierung zu verwirklichen.“ Bitte diese Petition unter

www.schule10bis14.at

unterstützen und weiter verbreiten.

Glück auf und fröhliche Grüße
Reinhart Sellner

Her mit den Bildungsmilliarden! Wir brauchen e. Konjunkturpaket Bildung, Soziales u. öffentl. Dienst JETZT!



Bildungsfahrplan der Regierung geht nur bis zum nächsten Kleinbahnhof!

Österreichische LehrerInneninitiative / Unabhängige GewerkschafterInnen fordern Bildungsmilliarde zur Finanzierung der seit Jahrzehnten versäumten Schulreform.

Kritik üben die parteiunabhängigen LehrerInnen an der Gesamtschulblockade der ÖVP und am pragmatischen Verzicht der SPÖ-Ministerin auf konsequente Einbeziehung aller AHS-Unterstufen in das flächendeckende pädagogische Modell „neue Mittelschule“ bis 2016.

Die ÖLI-UG schließt sich der Einschätzung der ÖH an, dass die Reformpläne „in die richtige Richtung gehen“

(Thomas Wallerberger, ÖH), auch wenn sie zu kurz greifen und auf unverdächtige Zwischenschritte ausgelegt sind – „eine mutige Bildungspolitik sieht anders aus“ (Sigrid Maurer, ÖH).

Anders als die Grünen sehen die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI in der Umstellung aller Hauptschulen auf neue Mittelschulen bis 2016/17 keinen Etikettenschwindel, der die soziale Selektion am Ende der Grundschule weiterführt.

Auch wenn das Ziel der gemeinsamen Schule nicht explizit genannt wird – die Bewahrung der Langform des Gymnasiums hat die standesbewusste AHS-Lobby in der ÖVP nicht mehr durchgebracht. Stattdessen nennt der Bildungsfahrplan die Ausweitung eines individuell-fördernden und sozial-integrativen Schulmodells auf alle Pflichtschulen und auf mehr als die derzeit gesetzlich möglichen 10% der AHS-Unterstufen. Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung der dazu notwendigen Budgetmittel durch Finanzminister und Bundesregierung.

Das budgetwirksame Bekenntnis der Bundesregierung ist auch für alle anderen im Ministerrat am 22.3.2011 abgesegneten Teilreformen notwendig:

- für die rasche Ausweitung des ganztägigen und schulgeldfreien Schulangebots, ohne das soziale Integration und Gesamtschule nicht gelingen können,
- für die bessere Förderung und Integration von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen und sonderpädagogischem Förderbedarf auch nach der 8. Schulstufe,
- für ein breiteres Kursangebot an BMHS, BS und AHS-Oberstufe, das die Freude am Lernen erhöhen und zusammen mit den neu einzuführenden LernbegleiterInnen für alle SchülerInnen nach Frühwarnungen das Wiederholen von Schulstufen abbauen soll,



Karikatur: Mag. Konrad Leitzenberger

- für selbständigere Schulen, an denen nicht – wie seit Gehrer üblich – Budgetmangel verwaltet, sondern mit ausreichend Zeit und Geld eine bessere, menschenfreundliche Schulkultur mit mehr Mitbestimmung der SchulpartnerInnen und stärkeren Personalvertretungsrechten am Schulstandort verwirklicht werden kann.

Her mit den Bildungsmilliarden!

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB und in der GÖD treten nicht erst seit den von der Regierung rasch bereitgestellten Bankenpaketen für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste ein.

Bildung kostet.

Österreich ist ein reiches Land, nur muss der Reichtum allen Menschen, allen Kindern, die hier leben, zugute kommen. Kindergärten, Schulen und Universitäten

sind chronisch unterfinanziert. Bildungsinvestitionen schaffen Arbeitsplätze und sind Investitionen für eine bessere, menschenfreundlichere Zukunft, nicht nur in Österreich.

Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI-UG

Reinhart Sellner (AHS)
Ingrid Kalchmair (AHS)
Wilfried Mayr (APS)
Gaby Bogdan (APS)
Katharina Bachmann (BMHS)
Gary Fuchsbauer (BMHS)
Dietmar Mühl (BS)
Rückfragenhinweise:
Gary Fuchsbauer, 0680 212 43 58,
fuchsbauer@oeli-ug.at, www.oeli-ug.at,
Reinhart Sellner, 0676 343 75 21,
sellner@oeli-ug.at, www.ugoed.at
Montag, 28.3.2011

Die Unkultur der öffentlichen Bildungsdiskussion

Widerstand gegen diese schäbige Art der Meinungsmache!



Andreas Chvatal
Hauptschullehrer, aktiv für ÖLI und apfl-ug
und Betonbefürworter, wenn erforderlich
chvatal@oeli-ug.at

Die öffentliche Diskussion über das österreichische Bildungssystem ist von eher minderer Qualität. Dies ist wenig verwunderlich, wenn bedacht wird, wer hier diskutiert. Sparwütige, zynische PolitikerInnen, selbsternannte BildungsexpertInnen, allwissende Lichtgestalten aus der freien Wirtschaft und – zu allem Überfluss – viele schlecht informierte und/oder tendenziös berichtende JournalistInnen.

Der von ihnen erzeugte mediale Brei bewirkt in Bezug auf Bildungsfragen eine enorme Ahnungslosigkeit der österreichischen MedienkonsumentInnen.

Ein Indiz für die Richtigkeit dieser Behauptung, ist der in diesem Bereich äußerst erfolgreiche Einsatz von Semi-Lügen. Als etwa die Unterrichtsministerin im Jahr 2009 eine Erhöhung der Lehrverpflichtung um zwei Wochenstunden anstrebte, versicherte sie treuherzig, dass es sich dabei nicht um eine Arbeitszeiterhöhung handle, sondern nur den LehrerInnen die Gelegenheit gegeben würde „mehr Zeit mit den Kindern zu verbringen“(!) Diese schwachsinnige Argumentation geistert bis heute – von journalistischer Seite fast völlig unhinterfragt – durch die Medien und wird von einer desinformierten Öffentlichkeit nach wie vor dankbar aufgenommen. Der eigentliche Grund für die damalige Vorgangsweise der SPÖ-Ministerin war eine Budgetkürzung durch das ÖVP-Finanzministerium, durch die nicht einmal die laufenden Kosten des Unterrichtsressorts gedeckt gewesen wären. Diese – nicht unwichtige – Tatsache geriet jedoch schnell in Vergessenheit.

Wohl nicht zuletzt deshalb, weil schon die nächste Semi-Lüge medial verfüttert werden musste.

Sie lautete: Die LehrerInnen-Gewerkschaften haben den Zwei-Stunden-Plus-Plan der Ministerin vereitelt und damit – wieder einmal – jegliche

Bildungsreformschritte unmöglich gemacht. Gewerkschaftsvorsitzender Fritz Neugebauer trägt seither den Beinamen „Oberbetonierer“.

Derartiges wird natürlich gern gelesen und noch viel lieber geschrieben. Wenn über LehrerInnen und GewerkschafterInnen hergezogen wird, haben viele ihre Freude‘.

Das klingt dann mitunter so: Faule, reformresistente LehrerInnen höhnen, gestützt auf ihren übermächtigen Fritz-Gewerkschafts-Geheimbund, allen schwer arbeitenden, nicht pragmatisierten MitbürgerInnen und liegen denen auch noch auf der Tasche. Weigern sich die doch glatt, lächerliche zwei Stunden pro Woche mehr zu arbeiten. Wen interessiert schon, ob das Berichtete unlogisch oder schlicht und einfach falsch ist?

Was hat eine schnöde Arbeitszeiterhöhung bzw. ihre Verhinderung mit Schulreform zu tun? (Gar nichts!) Warum ist die Abwehr von Verschlechterungen durch die Gewerkschaft automatisch ein Betonieren gegen Schulreformvorhaben? Wahr ist, die ÖVPLerInnen in der AHS-Gewerkschaft – und nur sie – wollen keine Gesamtschule. Das werden sie, unter Anwendung üblicher Meinungsfreiheit, ja hoffentlich dürfen. Und gegen welche andere Reform „betonieren“ sie?

Semi-Lügen sprießen und gedeihen, nicht opportune Fragen werden ignoriert. Dabei wäre es ganz einfach in der Diskussion zu differenzieren, schon allein deshalb, um zu klären, welches Thema mit welchem nichts zu tun hat.

Wirkliche Schulreformvorhaben wären etwa Gesamtschule, Ganztagschule, akademische Ausbildung für alle PädagogInnen...

Von Schulreformen unabhängig, weil hauptsächlich die Arbeitssituation der Lehrkräfte betreffend, wären Dienstrechtsänderungen, wie Arbeitszeiterhöhung oder vermehrte Anwesenheitspflicht, Änderungen im Besoldungsrecht, Fragen der Schulhierarchie, wie die Personalhoheit der DirektorInnen oder mittleres Management oder auch Schulautonomie...

Entscheidend ist, dass alle diese Punkte auch völlig unabhängig voneinander realisiert werden könnten. Gesamt- und/oder Ganztagschulen könnten selbstverständlich auch ohne Dienstrechtsänderung und direktoriale Personalhoheit eingeführt werden. Leider ist zu befürchten, dass genau das Gegenteil versucht wird. Dienstrechtliche Verschlechterungen und Personalhoheit kommen,

die Gesamtschule wird auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Und wenn das nicht klappt, ist wieder die Gewerkschaft schuld. Und viele werden das wieder gerne glauben. Eigentlich unfassbar.

Ein weiters aussagekräftiges Beispiel ist der herbei konstruierte Zusammenhang zwischen Ganztagschule (für die SchülerInnen) und ganztägiger Anwesenheit der Lehrkräfte. Wie viele Beispiele zeigen ist die ganztägige Anwesenheit der Lehrkräfte in Ganztagschulen in keinster Weise erforderlich.

Dies hindert jedoch die eingangs erwähnten DiskussionsteilnehmerInnen nicht daran, die Forderung aufrecht zu erhalten, was aus ihrer Sicht verständlich ist, weil ihnen dadurch öffentlicher Applaus zuteil wird. Endlich wäre an den Schulen für „mehr Ordnung“ gesorgt. Die Zeiten des „Halbtagsjobs Schule“ wären vorbei. Warum sollten sie es besser haben? Außerdem bieten sie PolitikerInnen und ExpertInnen wunderbare Profilierungsmöglichkeiten. Endlich kommt jemand, der den LehrerInnen sagt, wo es langgeht. War auch schon höchste Zeit!

Interessant in diesen Zusammenhang ist, dass fast alle anderen aktuellen Forderungen zwar eindeutig ausbeuterisch und neoliberal, aber wenigstens in sich logisch sind wie z.B.:

- Das Schulsystem ist zu teuer, also müssen die Lehrkräfte billiger werden – gemein aber stringent.
- Freier Wettbewerb zwischen Schulen bringt bessere Leistungen, also mehr Schulautonomie soll den Konkurrenzkampf fördern – marktkonform bis zum Geht-nicht-mehr aber aus dieser Sicht durchaus begründbar.

Die Forderung der ganztägigen Anwesenheit der LehrerInnen jedoch kommt vollkommen ohne eine Erklärung aus, wofür sie gut sein soll.

Viele Schulen sind als Ganztagsarbeitsplatz allein wegen der Raumnot ungeeignet. Die entsprechenden baulichen Veränderungen würden Unsummen verschlingen. Viele wichtige Arbeiten der Lehrkräfte, etwa Vorbereitung und Korrektur, werden außerhalb der Schule besser gemacht. Welche Arbeitsatmosphäre könnte besser sein, als die eines frei gewählten Ortes?

Gegen diese Art der Meinungsmache muss Widerstand geleistet werden. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen – auch die wirklich drastischen – müssen bereits im Vorfeld der kommenden Verhandlungen vorbereitet werden.

„Wien ist anders“ – auch beim Sparen!

APS: Massive Stundenkürzungen während des laufenden Schuljahres



Helmut Breit
Personalvertreter, apfl-ug
breit@oeli-ug.at

Aufgrund einer am 21.02.2011 vom Stadtschulrat für Wien erlassenen Dienstanzweisung müssen ab 01.03.2011 bis zum Ende dieses Schuljahres monatlich mindestens 160 Vollbeschäftigungsäquivalente eingespart werden.

Diese, bis jetzt „einmalige“ Vorgehensweise, während eines Schuljahres massive Kürzungen vorzunehmen, gab es nicht einmal zu Gehrens Zeiten. In diesem Schriftstück wurden auch gleich die Maßnahmen aufgelistet:

- Entfall von Doppelbesetzungen
- Suppliererlass wird „in aller Schärfe exekutiert“
- LehrerInnen aus dem Bereich der Sonderpädagogik können grundsätzlich auch zu Supplierungen (z.B. in Regelklassen) herangezogen werden.
- Vorübergehende Dienstzuweisung in einen anderen Inspektionsbezirk

- LeiterInnen mit Restsupplieverpflichtung haben diese gewissenhaft als erste Supplierreserve wahrzunehmen.
- Dienstreisen bzw. die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen während der Unterrichtszeit sollen zu keinem Planstellenverbrauch durch Supplierungen führen.
- Gegebenenfalls ist die Lehrfächerverteilung/der Stundenplan ab 01.03.2011 neu zu erstellen.

Diese Kürzungen führten an vielen Wiener Pflichtschulen zu unzumutbaren Situationen. So mussten teilweise neue Stundenpläne und Lehrfächerverteilungen gemacht werden, Mehrdienstleistungen, die zu Schuljahresbeginn den KollegInnen aufgedrängt wurden, fielen plötzlich wieder weg, ein und derselbe Unterrichtsgegenstand wurde auf verschiedene KollegInnen aufgeteilt, Teamteaching-Stunden wurden ersatzlos gestrichen und fix zugesagte Fortbildungsveranstaltungen abgesagt.

Die Ursache dieser Misere ist einerseits eine verspätete und zu gering ausgefallene Zuteilung von Dienstposten seitens des bm:ukk, andererseits aber schwere Planungsfehler im Stadtschulrat für Wien, der zu Beginn des Schuljahres den Dienstpostenplan sehr extensiv (Wiener Gemeinderatswahlen!?) ausgelegt hat.

Leidtragende sind, neben den SchülerInnen, viele KollegInnen, die plötzlich, mitten im Schuljahr einen anderen Stun-

denplan und/oder andere Fächer unterrichten müssen und so doch beträchtlichen Mehrbelastungen ausgesetzt sind.

Abgesehen davon wurde die Personalvertretung zu spät von den Maßnahmen in Kenntnis gesetzt, bzw. bei deren Umsetzung nicht mit eingebunden. Eine Vorgangsweise die eindeutig gegen das PVG (§ 9 Abs.2) verstößt. Nach massiven Protesten wurden nachträglich die Dienststellenausschüsse doch noch mit den Änderungen befasst und die Zustimmungen dieser eingeholt. Angesichts der überwiegend großkoalitionär besetzten DAs kein wirklich schwieriges Unterfangen.

Einmal mehr zeigte uns der Dienstgeber, wie zahnlos eine Personalvertretung ist, die hauptsächlich als Kadenschmiede für künftig zu besetzende LeiterInnen- und andere Schulaufsichtsstellen dient und wie geduldig das Papier, auf dem das PVG gedruckt ist sein, kann.

Da das Medienecho enden wollend war, die Proteste der Elternvereine auch bald verstummten und sich die Mehrzahl der KollegInnen hinter „es hätte ja noch schlimmer kommen können“-Aussagen zurückzog, hat der Stadtschulrat nun die Gewissheit, eine neue „Qualität“ bei der Durchführung von Sparmaßnahmen erreicht zu haben.

Angesichts dieser Vorgehensweise mutet das Bekenntnis der Wiener Stadtregierung vor den Gemeinderatswahlen zu mehr Bildungsqualität geradezu zynisch an.

In Würde werden!

Das Schlimmste für einen Menschen ist, ihn seiner Würde zu berauben!

Menschen können vieles ertragen: Dass ihnen Besitz weggenommen wird, dass sie ihre Heimat verlieren, oder ihren Beruf, den Partner / die Partnerin. Aber etwas vom Schlimmsten, was einem Menschen widerfahren kann, ist, wenn er seiner Würde beraubt wird.

Insbesondere gilt dies für das Kind. Wie oft wurden Kinder beschämt, gedemütigt, verwarhlost, als infantil belächelt – kurz: entwürdigt?

Die 60. Internationale Pädagogische Werktagung, die damit zu einem Jubiläum herangereift ist, stellt die Würde des Kindes – und der ErzieherInnen – in den Mittelpunkt.

In bewährter Weise wird, in Vorträgen und Workshops, vielfältigen, zentralen Fragen nachgegangen. Wie lässt sich, am Beginn des dritten Jahrtausends, Würde konkretisieren? Was macht die Würde

des Kindes aus? Inwiefern kann Erziehung zu mehr Würde beitragen, wenn sie doch auch Zumutung ist? Gibt es gesellschaftliche, wirtschaftliche Zwänge, die die Würde des Menschen untergraben?

Welche günstigen Effekte in der Entwicklung zeitigt es, wenn Kinder Würde erleben dürfen?

Termin:

**Montag, 11. Juli, 19:00 Uhr
bis Freitag, 15. Juli 2011, 13:00 Uhr
Ort: Große Universitätsaula
Salzburg, Österreich**

Anhand dieser Fragestellungen erhalten die TeilnehmerInnen konkrete Hilfen und weitere Denkanstöße für die Praxis.

ReferentInnen: Univ.-Prof. Dr. Anton A. Bucher, Salzburg; Univ.-Prof. Dr. Cornelia Wustmann, Graz (erster Lehrstuhl

für Elementarpädagogik in Österreich); Univ.-Prof. Dr. Eva Dreher, München; Dr. h.c. Franz Küberl, Wien; Primar Dr. med. Werner Leixnering, Linz; Univ.-Prof. Dr. Günther Opp, Halle; Univ.-Prof. Dr. Joachim Bauer, Freiburg; Günter Funke, Berlin.

Podiumsdiskussion: Ute Bock, Franz Küberl, Udo Jesionek, Katalin Zanin

In 22 Arbeitskreisen werden Themen vertieft behandelt, zB. „Würde in der Kinder- und Jugendliteratur“ oder „Die Würde als Fundament im pädagogischen Alltag“. Die Werktagung richtet sich an Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Infos und Anmeldung: 0662 8047-7520
pwt@bildung.kirchen.net,
http://www.kirchen.net/ipwt_v2

Hauptsache zentral!

Segen oder Fluch der Zentralmatura? Nehmen wir darauf Einfluss!



Karlheinz Rohrer
BAKiP Hartberg, BMHS-Landesleitung
rohrer@oeli-ug.at

2015 ist es soweit. Die Zentralmatura wird ihre Segnungen unter uns – bis dahin anscheinend irgendetwas machenden – LehrerInnen verbreiten. Wo jetzt noch Chaos, Bevorteilung und Benachteiligung regieren wird endlich fair und einheitlich geprüft werden.

So weit, so klar. Mit der Klarheit ist es hier schon wieder zu Ende. In den Konferenzimmern ist das noch nicht angekommen. Außerdem: es ist ja noch lange nicht klar, was ankommen soll. Denn Form und Inhalte dieser Prüfungen liegen im Dunkeln und sind längst nicht fertig entwickelt.

Was ja auch kein Problem wäre, wenn nicht die SchülerInnen, die als erste in den Genuss der Zentralmatura kommen werden, schon in unseren Klassenzimmern sitzen würden. Die LehrerInnen dieser Klassen unterrichten auf ein Ergebnis hin, das sie noch nicht kennen.

Dabei ist es hoch an der Zeit zu hinterfragen, welchen Vorteil zentral gestellte Aufgaben haben sollen.

Die einzige Aussage, die sich danach treffen ließe ist, dass sich SchülerInnen der Schule A zum Zeitpunkt X mit der Aufgabenstellung Y leichter getan haben als SchülerInnen der Schule B. Aber ist das eine wesentliche Erkenntnis? Daraus lässt sich nicht ablesen, wie viel SchülerInnen in anderen Bereichen können und wissen. Oder wie sie abgeschnitten hätten, wenn die Aufgabe anders formuliert wäre. So werden LehrerInnen belohnt, die nach Schema F unterrichten und keine besonderen Eigeninteressen haben, sie werden die besten Ergebnisse liefern können. Wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin am neuesten Stand des Faches ist und dies auch weitergibt, werden die Ergebnisse der jeweiligen SchülerInnen darunter leiden, denn hier wird Zeit für etwas „verschwendet“, das sicher nicht zentral gefragt werden wird.

Und dann die Kompetenzen. Selbstverständlich ist es das Wichtigste am Unterricht, dass SchülerInnen das Gelernte anwenden können, dass sie damit kompetent umgehen. Nur besteht die Gefahr, dass nur die Frage anders formuliert wird. Statt „Wer waren die Herrscher in Österreich von 1780 bis 1818?“ wird es heißen „Ich kann die österreichischen Herrscher von 1780 bis 1918 wiedergeben.“ Augenauswischerei. Geschichte als mündliches Fach wird freilich nicht „zentralmaturiert.“

Wer erstellt die zentralen Aufgaben der schriftlichen Matura?

Womöglich einzelne Personen, die schon lange nicht mehr mit SchülerInnen arbeiten, die dann Wissensinhalte als Grundkompetenzen beschließen, von denen sie ausgehen, dass alle sie wissen sollten. Ausgegangen wird dabei von der jeweils eigenen Bildungsgeschichte, was zur Folge hat, dass die Themen aus deren eigener Schulzeit jetzt wieder massiv als „Basis“ verkauft werden.

Die Informationen an die LehrerInnen in den Schulen darüber, was und wie später gefragt werden wird, gehen gegen Null und sind nicht gesichert. Wenn diese FragenstellerInnen selbst unterrichten, was jedenfalls zu wünschen wäre, dann wieder stellt sich sehr die Frage, inwieweit die SchülerInnen dieser LehrerInnen bevorzugt sind. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass es nicht einige geben wird, die genau auf diese Fragen hin unterrichten werden. Die dann mit ihren Ergebnissen glänzen werden. Und die sich durch diese glänzenden Er-

gebnisse in ihrer Qualifikation als FragenstellerInnen bestätigt sehen werden.

Wie werden wir LehrerInnen also auf die zentralen Aufgaben vorbereitet? Wen sehen wir, mit wem können wir diese und noch viele andere Probleme diskutieren? Nicht mit denjenigen, die sich das ausgedacht haben, sondern mit „MultiplikatorInnen“ aus dem eigenen Lehrkörper, KollegInnen, die sich irgendwie dazu überreden haben lassen dafür zuständig zu sein. Meistens sind das Personen, die sowieso viel an zusätzlicher Arbeit übernehmen, Personen, die gut im Lehrkörper positioniert sind, und denen wir nur schwer unsere Bedenken entgegen schleudern können, weil wir genau wissen, dass sie genauso wenig mitzureden hatten wie wir.

Für mich kann es aus dieser ganzen Lage heraus nur eine Konsequenz geben: die Notbremse zu ziehen und das ganze Unternehmen sofort zu stoppen. Dann in aller Ruhe alles wirklich zu Ende denken. Dann alle LehrerInnen ausreichend zu informieren und entsprechend auszubilden. Dabei wird die Notwendigkeit entstehen, einen weiteren Feinschliff anzubringen und dann kann das Ganze mit der darauffolgenden ersten Klasse neu gestartet werden.

Wir dürfen nicht immer wieder den Fehler machen zu denken, dass Vorschrift nun mal Vorschrift ist, und dass wir da nichts machen können. Jede Vorschrift wird von einzelnen Menschen gemacht, und wir können genauso Einfluss darauf nehmen wie diese. Ganz im Sinne der Kompetenzorientierung: „Ich kann diesen Prozess beeinflussen.“

BundeslehrerInnentag - Schulsozialarbeit

Der BundeslehrerInnentag am 15.3.2011 in Linz war ein voller Erfolg. Ausgezeichnete und kompetente Vortragende referierten über das Thema Schulsozialarbeit

in all seinen Facetten.

Die Mitschrift zum Nachlesen ist unter www.oeli-ug.at/BLT2011Mitschrift.pdf abrufbar.





UG bei Frauentdemo

Am 8. März jährte sich zum 100. Mal der Internationale Frauentag

Bei der Großdemonstration für Frauenrechte (19. März 2011) am Wiener Ring wurde lautstark, kräftig und bunt über alle kulturellen, konfessionellen und parteipolitischen Grenzen hinweg Frauensolidarität gelebt. Auch die aktiven PflichtschullehrerInnen Wiens (apfl-ug) waren mit dabei und vertraten ihre Forderungen.

apfl-ug - Forderungen:

1. Quotenregelung für die Besetzung von schulischen Führungspositionen
2. Berücksichtigung sämtlicher Kindererziehungs- bzw. Pflegezeiten für die Pension
3. Bessere Karrierechancen (universitäre Aus- und Fortbildung)
4. Gemeinsame Schule



Siehe auch unter: www.apflug.at bzw. zwanzigtausendfrauen.at/2011/02/apfl-ug/ u. www.efeu.or.at/seiten/download/newsletter_april11.pdf

Am Anfang schuf Gott die Langform der AHS

Streit zwischen Altertumswissenschaft, Judaistik, Altphilologie, abendländischer Heilskunde und Vatikan-Bibliothekaren um die Schriftrolle von Makhtesh Ramon beigelegt. Lutherbibel (www.bibel-online.net/text/luther_1912/1_mose/2) weiterhin verbindlich. Handschrift Ekehard ist keine.

Als arabische Bauarbeiter in der Wüste Negev, auch Negeb, (hebräisch: בְּנֵי „Süden [Israels]“; arabisch: بَنِي نَاقِب an-Naqb), bei Belagsarbeiten unweit des Makhtesh Ramon antike Schriftrollen aus der Zeit der Nabatäer entdeckten, die von einem wegen einer Reifenpanne anhaltenden Tiroler Gymnasiallehrer eingesehen und spontan übersetzt wurden, versetzte das die akademische Community in gehörige Aufregung.

Die Österreichische Professorenunion und der Deutsche Philologenverband (DphV), in ihrem unerschütterlich differenziert-gegliederten Abwehrkampf von Gesamtschulbefürwortern fast schon in die Defensive gedrängt, konnten aufatmen. Die dem Propheten Ekehard zugeschriebene Urfassung der Genesis sollte wenigstens in Österreich und Bayern die

leidige Schulreformdebatte ein für allemal beenden:

„Am Anfang schuf Gott die Langform der AHS (Apostelgeschichte 2011, Hebräer 47.11, Ekehard 1.1-1) denn die Erde war wüst und leer ohne sie, und es wurde Licht durch sie und er nannte das Licht Gymnasium. So ward aus Morgen und Abend der erste Tag.“

Es waren WissenschaftlerInnen der Universität Innsbruck und der PH Celovec/Klagenfurt, die auf Basis von Werkverträgen mit dem BIFIE (Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung) und im Auftrag der österreichischen Bildungsministerin Schmied (SPÖ) auf Kosten der Steuerzahler die vermeintlich antike Papyrusrolle als ornamental beschriebenen Rest eines Hygieneartikels aus den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erkannten, den Vorfahren der arabischen Bauarbeiter bei Ausbesserungsarbeiten an der damaligen Schotterpiste verwendet und zurückgelassen haben.

Rosa Baer



Makhtesh Ramon, Foto: Ester Inbar, available from <http://commons.wikimedia.org/wiki/User:ST>

Ein bezahltes unterrichtsfreies Master-Studienjahr zwischen 2. und 5. Dienstjahr!

Sinnvolle Möglichkeiten des „berufsbegleitenden Master-Studiums“!



Reinhart Sellner und Gary Fuchsbauer
Unabhängige GewerkschafterInnen
in der ARGE LehrerInnen/GÖD, 11.4.2011

Versuch einer Antwort auf die Frage nach dem Wie des universitären Master-Abschlusses für alle LehrerInnen und PädagogInnen.

1. Modell Berufsschul-/Fachpraxis-LehrerInnenausbildung

An BS und BMHS unterrichten BerufspraktikerInnen mit Meisterprüfung, DiplomingenieurInnen, „TechnikerInnen“, „KommerzialistInnen“ ohne WiPädstudium, kurz: QuereinsteigerInnen, die eine mindestens Bachelor-wertige berufsbezogene Qualifikation haben (Meisterprüfung und mehrjährige Berufspraxis werden vermutlich/hoffentlich NQR-mäßig wie Bachelor Niveau VI bekommen).

Diese QuereinsteigerInnen müssen im ersten Dienstjahr nebenberuflich eine pädagogische Grundausbildung incl. Schulrecht an der PH absolvieren. Hier fordern übrigens die Unabhängigen GewerkschafterInnen die Möglichkeit einer halben Unterrichtsverpflichtung, weil das voll-nebenberufliche PH-Studium vielfach überfordert und außerdem zulasten der Studien- wie der Unterrichtsqualität geht. – Für LehrerInnen-ausbildung/Dienstrecht NEU ist das ein starkes Argument für das Recht der BerufseinsteigerInnen auf Induktions-/

Anfragen und Infos:
oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

CP IKS-Nr.: 267-53401-1010-1083
klimaneutral gedruckt
www.gutenberg.at

P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort)
GZ 02Z030917M

Einführungsphase mit halber Unterrichtsverpflichtung und vollem Gehalt (vgl. dazu auch Vorschläge von Härtel-Kommission und Vorbereitungsgruppe).

Nach positivem Abschluss der Begleitstudien im 1. Dienstjahr absolvieren die QuereinsteigerInnen ohne Uniabschluss derzeit in einem der Folgejahre ein PH-Bachelor-Studienjahr mit vollem Bezug und ohne Unterrichtsverpflichtung, dann folgt die Dauer-Anstellung in l2a2. Im internationalen Vergleich müsste dieser Abschluss aber künftig masterwertig sein (4 Semester Hochschul-/Uni-Ausbildung nach dem Niveau VI ergibt Niveau VII = Master)

2. Modell bezahltes, unterrichtsfreies Master-Studienjahr im 2.-5. LehrerInnendienstjahr

Beim Übertragen des Berufsbildungs-Modells auf eine universitäre Master-LehrerInnenbildung NEU (und das Dienstrecht NEU) könnte das bedeuten:

- acht Semester universitäres Bachelor-Studium (für LehrerInnen ALLER Schulstufen)
- Induktionsphase/Einführungsjahr mit halber Lehrverpflichtung und voller, einem Uni-Abschluss entsprechender Bezahlung (auf max. 5 Jahre befristeter Vertrag), betreut von MentorIn und mit begleitenden Lehr-/Lernveranstaltungen inkl. Schulrecht, Dienstrecht, Personalvertretungsrecht und Supervision – das gilt auch für QuereinsteigerInnen in den berufsbildenden Schulbereich, aber auch für AbsolventInnen von Fachstudien, die ins Lehramt wechseln wollen (es gibt gar nicht wenige, die seit je und auch derzeit diesen Weg ins Lehramt gehen).
- Master-Studienjahr ohne Unterrichtsverpflichtung bei voller Bezahlung zwischen dem 2. und 5. Dienstjahr; mit dem Master-Abschluss wird der befristete Vertrag in ein unbefristetes öffentlich-rechtliches Bundes-Dienstverhältnis umgewandelt.

Die Entscheidung für den Zeitpunkt des Master-Studienjahres wird von den studierenden LehrerInnen getroffen. In begründeten Ausnahmefällen kann vor dem Masterabschluss ein zweiter 5-Jahresvertrag ausgestellt werden.

Mit dieser Lösung wäre eine sinnvoll-

le Möglichkeit berufsbezogener Forschungs-/Master-Arbeiten gegeben, die für die erst aufzubauenden bzw. auszubauenden Lehrstühle und Institute für Elementarpädagogik, Grundschulpädagogik, Sonderpädagogik, Sozialpädagogik, Fachdidaktik dringend notwendig sein werden.

Argumente für das Modell eines bezahlten Master-Studienjahrs für LehrerInnen

Die Diskussion um den Master als Berufsvoraussetzung oder als berufsbegleitend zu absolvieren (da zeigen FH-Erfahrungen Überforderung) ist im Moment recht verfahren. Das Modell „bezahltes Master-Studienjahr“ berücksichtigt:

- die berufspraktische Orientierung und die angestrebte Professionalisierung der nachrückenden Generationen von LehrerInnen und PädagogInnen
- vermeidet die Überforderung eines berufsbegleitenden Studiums und eröffnet nach dem/den ersten Praxisjahr/en Möglichkeiten für wissenschaftlich fundierte Reflexion
- bestärkt (kriert?) ein wissenschaftliches, neugierig-forschendes Selbstverständnis von PädagogInnen
- trägt zur Verbesserung der Attraktivität des Berufs der LehrerInnen und PädagogInnen bei (öffentliche Wertschätzung durch bezahltes Master-Studienjahr)
- unterstützt die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in von den Universitäten bisher vernachlässigten pädagogischen und didaktischen Feldern
- erlaubt eine win-win-Situation für Studierende, Lehrende, ExpertInnen und ministerielle AuftraggeberInnen

Das Modell eines bezahlten Master-Studienjahr für LehrerInnen kostet. Ein Konjunkturpaket Bildung ist für eine umfassende, demokratische, zukunftsorientierte Bildungsreform notwendig; LehrerInnenbildung NEU, Dienst- und Besoldungsrecht NEU sind Teil davon. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Offensive, nachhaltig wirksame Bildungsinvestitionen sind notwendig. Aus volkswirtschaftlichen, sozialen und aus demokratischen Gründen.

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518

An: